

# Zeitung

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 217 Nr. 136/196

Bezugspreis:

monatlich 3,40 Goldmark. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhändler und andere Anzeigenstellen entgegen. — Für den Versandt erhebt sich ein Zuschlag von 10 Prozent.

Halle-Saale

Mittwoch, 20. August 1924

Anzeigenpreis:

Die Spaltenbreite 84 mm. Erste und zweite Spalte 10 Pfennig. Dritte Spalte 8 Pfennig. Samstags-Anzeigen 4 Pfennig. Sonntags-Anzeigen 3 Pfennig. Die gewöhnliche 20 mm breite Einzelzeile 10 Pfennig. Rabatt nach Satz. Erklärungen siehe Seite 2.

Geschäftsstelle Berlin: Hamburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst. 9300. Kleine Berliner Schriftzeitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

## Die Ministerpräsidenten in Berlin

### Die Entscheidung liegt bei den Deutschnationalen

#### Stimmungsmache

Berlin, 19. August.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)  
Es ist nicht zu verkennen, daß die ganze Entscheidung über das Ergebnis der Londoner Konferenz bei den Deutschnationalen liegt. Man erkennt dieses in Berlin und London ebenso an wie die deutsche Regierung selbst. Deshalb machen sich Bestrebungen geltend, die darauf hinauslaufen, die Deutschnationale Partei umzustimmen.

Es ist nicht zu verkennen, daß die ganze Entscheidung über das Ergebnis der Londoner Konferenz bei den Deutschnationalen liegt. Man erkennt dieses in Berlin und London ebenso an wie die deutsche Regierung selbst. Deshalb machen sich Bestrebungen geltend, die darauf hinauslaufen, die Deutschnationale Partei umzustimmen.

Weg der objektiven Aufklärung, wenn sie darauf hinweist, daß bei einer Leistung der am 20. August fälligen deutschen Unterschrift automatisch alle Zugeständnisse der Räumung von Dortmund und anderer kleiner Gebiete einleiten werden. Durch diese unklare Darstellung wird der Eindruck hervorgerufen, als ob bei einer Unterzeichnung der Unterschrift eine Einräumung der Räumungsgrenzen einleiten würde. Es ist aber unbedingt eine falsche Darstellung, wenn man die Ansicht ist, daß es in London über diesen Fall der Unterschriftverweigerung schon eine Vereinbarung getroffen wurde. Das ist nicht geschehen. Taktlos ist allein, daß neue diplomatische Verhandlungen nötig wären, wenn der Reichstag den Londoner Beschlüssen die Zustimmung verweigern sollte.

Den alliierten Ländern eine Garantie bieten für den Fall, daß die Londoner Beschlüsse keine Annahme finden. Es muß klargestellt werden, daß die Londoner Beschlüsse die völlige Freiheit in dieser Frage zu lassen, und ihm nicht die Freiheit zu nehmen, daß die Entscheidungen, bei der Unterzeichnung der Londoner Beschlüsse eine Einräumung der Räumungsgrenzen in Frage kommen würde. Die Drudtmittel der deutschen Regierung

Die Drudtmittel der deutschen Regierung gegenüber den Deutschnationalen sind das Spiel mit der Frage der Aufklärung des Reichstages und der Anrufung des Volksentscheids. Die Berliner Mütter suchen diese Taktik auf ihre Weise zu unterstützen, indem sie mit Drohungen verbunden, den Deutschnationalen den Boden zu entziehen. In London scheint man angesichts der fraglichen Entscheidung des Reichstages zu erkennen, daß sie einen großen Fehler begangen hat, eine Ministerialregierung nach London einzuladen. Es liegt nicht nur fest, daß die Deutschnationale Reichsregierung ihren Mitgliedern bei der Abfassung wüßige Freiheit lassen, ob sie einzelne Gebiete aus dem Dawes-Entscheidungen ablehnen oder die ganze Abfertigung der Beschlüsse verlangen wird.

Bei Ablehnung wieder freie Hand  
Berlin, 19. August.  
Amlich wird kurz vor Schluss des Blattes mitgeteilt: „In der Presse wird die Auffassung verbreitet, daß sich die in London vereinbarten Bedingungen automatisch einräumend werden, wenn die am 30. August die für die Unterzeichnung der Londoner Beschlüsse erforderlichen Voraussetzungen nicht erfüllt werden. Diese Auffassung ist irrig und findet in Berlin in London streifen keine Begründung. Wenn am 30. August der deutsche Reichstag durch Verabschiedung der Beschlüsse die Zustimmung der Deutschnationalen zur Unterzeichnung der Londoner Beschlüsse durch die deutsche Regierung nicht gegeben hat, sind die in London getroffenen Beschlüsse hinfällig und alle Beteiligten haben wieder freie Hand. Inwieweit werden dem auch die von den Ministerpräsidenten Frankreichs und Belgiens geäußerten Äußerungen für die Räumung der Zone Dortmund, über die der anderen aus Anlaß der Ruhroperation bestanden Beschlüsse sind.“

Die deutsche Regierung hat es sehr eilig, die überflüssigen nationalen Parteien möglichst bald von der Ruhrregion zu trennen. Doch auch dieser Druck würde die Deutschnationalen und Wälfischen, an deren gemeinsame Zwecke er zweifellos gehen, ist nicht von ihnen ablehnen Haltung beim

zweiten Verlaufe gegenüber abbringen. „Freie Hand“ — das ist's ja gerade, was wir in unserer Politik wiedererlangen müssen.

### Die Parteien und das Londoner Ergebnis

Berlin, 19. August.

(Eigener Drahtbericht.)  
Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat am Dienstagabend gegen 6 Uhr zu einer Fraktions-sitzung zusammen, in der Reichsaussenminister Dr. Stresemann über das Ergebnis der Londoner Verhandlungen Bericht erstattete. Ein ausführlicher Bericht wurde, der bisher noch nicht als Mittheilung anwesend ist. Die Deutschnationalen werden am Donnerstag nachmittag, die Sozialdemokraten voraussichtlich am Freitag Sitzungen abhalten.

Die Regierung des Reichstages  
Es ist für Freitag vormittag vorgesehen. Die allgemeine Aussprache am Mittwoch erfolgt. Die Tagesordnung wird nur einen Punkt enthalten: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Eine Debatte über die Regierungserklärung wird nicht folgt stattfinden. Die Fraktionen werden vielmehr unter sich dazu Stellung nehmen.

Die Regierungsparteien dürften sich in diesem Fall auf die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung beschränken wie es schon oft der Fall gewesen ist. Es ist nicht anzunehmen, daß die drei Entgegenseite zur Aufschubverteilung kommen, was jedoch eine Verzögerung einleiten würde, die die Regierung nicht für erträglich hält. Die nötigen Erklärungen werden in einer vertraulichen Beratung des Auswärtigen Ausschusses Mittwoch von der Regierung abgegeben werden.

### Die Länder behalten sich ihre Stellungnahme vor

Berlin, 19. August.

(Eigener Drahtbericht.)  
Unter dem Vorbehalt des Ministers Dr. Marx fand heute eine Aussprache zwischen den Delegationsführern der Londoner Konferenz und den auswärtigen Ministerpräsidenten der Länder statt. Nach Entgegennahme ausführlicher Berichte, die vom Reichsaussenminister Dr. Stresemann und dem Reichsfinanzminister Dr. Brücker über den Verlauf und die Ergebnisse der Verhandlungen in London erstattet wurden, traten die Länderdelegationen über die durch den Abschluß der Londoner Konferenz entstandene Lage in eine allgemeine Aussprache ein. Die Beratungen waren getragen von dem Gedanken, die Verträge der Londoner Konferenz, wenn sie auch nicht einen vollen Erfolg in der Frage der vollständigen Räumung bräuten, sicherzustellen. Da bei der Abgabe der Zeit und den ausführlichen Informationen die Vertreter der Länder zu den Ergebnissen der Konferenz noch nicht ausgiebige Stellung nehmen konnten, beschließen sich die Länderdelegationen die endgültige Stellungnahme für die in kurzer Zeit beginnenden Verhandlungen des Reichstages noch vor.

### Die ersten Dawes-Gesetze vor dem Reichskabinet

Berlin, 19. August.

Das Reichskabinet genehmigte in seiner heutigen Sitzung die Entwurfe eines Privatnotenanhangs, eines Gesetzes zur Aufhebung der Industrie- und Gewerbe- und eines Gesetzes über das deutsch-spanische Handelsabkommen. Bei den beiden letzten Abkommen handelt es sich bekanntlich um zwei Gesetze zur Durchführung des Dawes-Planes. Um die Ausführung zur Aufnahme der fünf Milliarden Goldmark-Belastung, die im Gutachten von der Rentenamt-Wedung besetzt ist, die Befugnis der Rentenamt, die in nach den Umständen, sowie wie „in Liquidation geht, wird für die noch bestehende Lieberangelegenheit allein von der Landwirtschaft übernommen. Es ist dies ohne weiteres möglich, da die Veranlassung der Landwirtschaft einen höheren Anteil der Befugnis ergeben hat, als ursprünglich angenommen wurde, und der entsprechende Ausfall durch die jetzt möglich gewordenen Einbringung der Landwirtschaft des besetzten Gebietes wieder wettgemacht wird. Die Aufhebung der letzten durch die Industrie dürfte auf seine unüberwindlichen Schwierigkeiten folgen, wenn man sich vor Augen hält, daß die Rückumkehr nunmehr einfallen und Regierung die Möglichkeit gefordert wird, bei der Reform der Renten- und Umfaktoren der Industrie zu entgegenzukommen, daß ihre Lebensfähigkeit gefährdet bleibt.

### Die London-Debatte in der Pariser Kammer

Paris, 19. August.

Der Beginn der Interpellationsdebatte über die Londoner Konferenz in den beiden Häusern des französischen Parlamentes ist nunmehr definitiv auf

Donnerstag festgesetzt. Die Diskussion wird eingeleitet durch eine längere Erklärung des Ministerpräsidenten, die aller Voraussicht nach in beiden Häusern gleichlaufend sein wird. In der Kammer ist die Zahl der Interpellationen bereits auf zehn gestiegen. Für die Radikalsocialisten interessiert die Abgeordneten Mangin und Demourgue für die Sozialisten Jean Blum, Vincent Auriol, für die Kommunisten Cadin, für die demokratische Linke Jean Fabry, für die Opposition der ehemalige Präsident der Reparationskommission Dubois, für die Rechte Gramont. Darüber hinaus liegen bereits zahlreiche Fortsetzungen vor, u. a. von dem ehemaligen Minister Kohler über den Verlauf der Londoner Konferenz und die Debatte in der Kammer in zwei Tagen und, wenn nötig, in einer Nacht, vielleicht vom Freitag zum Sonnabend, zu Ende geführt werden kann, und daß im Senat, trotz der angelegentlichsten Interpellation Boncarès, die Diskussion nicht mehr eine Sitzung im Senat nehmen wird, in das bereits am Sonnabend die Session geschlossen werden kann. Herriot beabsichtigt bereits morgen in den außerparlamentarischen Kommissionen beider Häuser dem Parlament ein Exposé der Londoner Verhandlungen zu geben.

### Belgien stimmt zu

Paris, 19. August.

In Brüssel findet Mittwoch nachmittag die Abstimmung statt, in der Deunis und Symons ihre Ministerkabinete ausführlich über den Verlauf der Londoner Konferenz und die ersten Ergebnisse unterrichten werden. Ferner sollen in der Sitzung die Voraussetzungen für den Abschluß eines Modus vivendi mit Deutschland hinsichtlich der Polizeiergüsse zur Sprache gebracht werden. Im Verlauf der geführten beschleunigten Unterredung haben der König und der Ministerpräsident Deunis dem belgischen Korrespondenten des „Journal“ zufolge, die endgültige Interaktion des Londoner Protokolls beschlossen.

### Auflegung der Anleihe im Herbst

London, 19. August.

Die Frage der für Deutschland in Höhe von acht Hundert Millionen Goldmark aufzuliegenden Anleihe steht im Mittelpunkt der Interaktion der britischen Finanzkreise. Die Anleihe wird nachdrücklich als Weg in den kommenden Herbst aufgelegt werden. Der Chief Minister der „Times“ betont heute, es sei überaus wünschenswert, daß sich alle diejenigen Länder, die hervorragendes Interesse an der Wiederherstellung des europäischen Wohlstandes besitzen, an dieser Anleihe beteiligen würden. Das würde jedoch um eine erhebliche Verzögerung der Anleihebedingungen müßten notwendig für die Anleihebedingen gewisse Anreize besitzen, und die für das Aufblenden der Anleihe verantwortlichen Stellen hätten dabei einen gewissen geringen Anhalt an den Erträgen zu erwarten, die man hinsichtlich der Interaktion und der ungenügenden Anleihe gemacht habe.

Der für alliierte Auffassung erfolgreiche Ausgang der Konferenz hat bereits unmittelbare Auswirkungen auf den britischen Absatzmarkt in gewissen Umfang gezeigt. Insbesondere zeigte der Produkten- und Effektenmarkt eine schon lange nicht mehr beobachtete Stabilität.

### Der Gläubigerschick für Offenburger

Karlsruhe, 19. August.

Aus Anlaß der Räumung des Gebietes von Offenburger und Appenweier hat das Staatsministerium folgendes Telegramm an den Oberbürgermeister und den Oberamtmann von Offenburger gerichtet:  
„Die bayerische Regierung gibt ihrer Freude Ausdruck über die Befreiung von der Besetzung und erfindet beide Wünsche für rasche und sichere Erfüllung von Stadt und Bezirk mit besonderer Anerkennung und Dank für die echt vaterländische Haltung der gesamten Bevölkerung sowie der Gemeinden und Staatsbehörden.“  
Staatspräsident Dr. Röcher wird am Mittwoch noch seiner Mission aus Berlin dem geräumten Gebiet einen Besuch ablegen.

### Polnischer Anschlag gegen Hohenlohe

Katowitz, 19. August.

(Eigener Drahtbericht.)  
Die Gerüchte, daß die vier Direktoren des Hohenloheerzuges verhaftet worden sind, werden heute von polnischer Seite bestätigt. Es wurden verhaftet die Direktoren Dietrich, Jerner, Rits, Schwager und Schmidt. Wie berichtet wird, soll der polnische Staat an Steuerbeiträgen einen Schaden von 16 Millionen Gulden erlitten haben. Es wird festgestellt, daß der Generaldirektor der Hohenloheerzuges Herr Schmidt verhaftet worden ist, der gerade in dem Augenblick festgenommen wurde, als er in einer Unterredung über das Werk mit dem polnischen Ministerpräsidenten Grewer und dem polnischen Arbeitsminister Darowski referierte. Die polnische Regierung hat die Polizei aufgefordert, eine gründliche Untersuchung der Verhältnisse der Direktoren durchzuführen.

zen.  
den.  
pepe.  
S. S.  
hren.  
auf  
er  
en  
rischer,  
reichen  
Züchter  
titzer,  
Halle,  
Welle,  
G. 1.  
mmen.  
Arbel  
IL  
NG  
924  
ft  
26.  
gen  
43.





